

Antrag

der Fraktion Die Linke

Gegen den sozialen Kahlschlag! – Klassenfahrten für Schüler*innen mit Bildung- und Teilhabe-Anspruch sicherstellen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Gewährung der Kostenübernahme für Klassen- und Schulfahrten für Bildung und Teilhabe (BuT)- berechtigte Familien bzw. Schüler*innen jederzeit sicherzustellen,
2. ressortübergreifend abzusichern, dass Verfahren der Kostenübernahme für Klassenfahrten für Eltern, Schüler*innen und Lehrkräfte eindeutig und transparent gestaltet sind,
3. die Zuschüsse für begleitende Lehrkräfte und/ oder weitere Begleitpersonen für Klassenfahrten, die bis zum 30. November 2024 gebucht werden, zu genehmigen, so dass bereits geplante, aber noch nicht gebuchte Klassen- und Schulfahrten sicher stattfinden können,
4. die bis zum 30. November 2024 bestehende Buchungssperre für Klassenfahrten sofort aufzuheben und darüber hinaus keine weiteren Buchungssperren für Klassenfahrten anzuordnen,
5. keine Begründungspflicht oder/ und zusätzlichen, bürokratischen Aufwand für das Durchführen von Klassenfahrten einzuführen.

Begründung

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung hat verfügt, dass keine Kostenübernahme aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für Klassenfahrten von Schüler*innen erfolgen soll, wenn die Fahrt zwischen dem 9. Oktober und 30. November 2024 gebucht wird. Der Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket darf nicht durch die Haushaltssperre des Senats außer Kraft gesetzt werden!

Ohne die Kostenübernahme können die betroffenen Schüler*innen nicht an der Klassenfahrt teilnehmen. Dieser Ausschluss hat verheerende Auswirkungen auf die Chancengerechtigkeit für die Schüler*innen!

Klassenfahrten stellen eine wichtige pädagogische Maßnahme dar, um Schüler*innen einen praxisnahen Bezug zum Unterricht zu ermöglichen und fachliche Kompetenzen in einem anderen Umfeld zu erwerben. Zentral wichtige Fähigkeiten wie Selbstständigkeit, Eigenverantwortung, Erwerb einer Fremdsprache, interkultureller Austausch oder soziales Lernen werden durch Klassenfahrten gestärkt.

Eltern aus mehr als 30 Berliner Schulen kritisieren in einem Brandbrief an den Berliner Senat, dass bereits geplante Klassenfahrten sowie Austauschprogramme aktuell abgesagt werden müssen. Klassenfahrten sind kein Luxusgut, sondern pädagogisch wertvolle Lerngelegenheiten!

In Berlin haben gegenwärtig 30 Prozent der Schüler*innen einen Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Dies sind rund 120.000 Schüler*innen. Der Senat ist dazu verpflichtet, diesen Rechtsanspruch sicherzustellen und die Bundesmittel an die Anspruchsberechtigten auszuzahlen. Der verfügte Auszahlungsstopp muss sofort aufgehoben werden!

Es sollte selbstverständlich sein, dass Dienstreisekosten für Lehrkräfte im Zusammenhang mit Klassenfahrten erstattet werden. Dass Lehrkräften aktuell auferlegt wird, dass sie die Klassenfahrt entweder aus eigener Tasche finanzieren müssen oder die Klassenfahrt nicht genehmigt wird, ist ein Skandal! Lehrkräfte sind auf Klassenfahrten rund um die Uhr im Einsatz und tragen eine enorme Verantwortung für die Schüler*innen. Die Fahrten gehen mit einem hohen organisatorischen Aufwand sowie einer hohen Arbeitsbelastung einher. Es ist eine Frage der Verantwortung seitens der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie als Dienstherrin, dass Dienstreisekosten verlässlich übernommen werden und Klassenfahrten sicher stattfinden können.

Berlin, den 29. Oktober 2024

Helm Schulze Brychcy Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke